



Fachbereich/Eigenbetrieb Umwelt und Mobilität
Verfasser/in Irion, Rainer
Vorlage Nr. 123/2022
Datum 8. Juni 2022

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Öffentlichkeit	Sitzung am	Ergebnis
Gemeinderat	öffentlich-Beschluss	07.07.2022	

Betreff:

**Ausbaupfad Photovoltaik auf kommunalen Liegenschaften,
Antrag der Fraktion B'90/ Die Grünen**

Anlagen:

Anlage 1: Antrag: B'90/ Die Grünen vom 12.05.2022: "Ausbaupfad für Photovoltaik auf kommunalen Liegenschaften"

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Antrag weiter zu verfolgen.

Personelle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

Produktgruppe (ErgHH) oder Investitionsauftrag:	bis Jahr	Wirtschafts-/ HH-Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	spätere Jahre	Gesamt
							Summe
	€	€	€	€	€	€	€
Ausgaben insgesamt:							
<i>davon</i> geplant / bereitg.:							
<i>davon</i> nicht geplant:							
Einnahmen insgesamt:							
<i>davon</i> geplant / bereitg.:							
<i>davon</i> nicht geplant :							
Saldo (Eigenanteil):							
<i>davon</i> geplant / bereitg.:							
<i>davon</i> nicht geplant :							
ggf. laufende Folgekosten (jährlich):							

Begründung:

Allgemein

Bündnis 90/ Die Grünen stellten am 05. Mai 2022 einen Antrag zur Erstellung und der kontinuierlichen Durchführung und Aktualisierung eines Ausbaupfades für Photovoltaik-anlagen (PV) auf kommunalen Dächern.

Die Stadtverwaltung begrüßt die Anstrengungen zur Forcierung des Ausbaus von Photovoltaik auf den städtischen Gebäuden mit den Handlungszielen der „Reduzierung der Treibhausgase“ und der angestrebten Eigenschaft von Lörrach als „Klimaneutrale Kommune“, laut dem Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg bereits im Jahr 2040.

Im jährlichen Energiebericht wird auch ein Überblick zu den Solaranlagen dargestellt, sowohl thermisch als auch bzgl. Photovoltaik. Dies geschah zuletzt im Energiebericht 2020 auf den Seiten 43-45, der im November 2021 im AUT vorgestellt wurde.

Für Neubauten ist gemäß den Energiestandards der Stadt Lörrach die Installation einer PV-Anlage auf dem Dach zu berücksichtigen. Beispielhaft seien hier als Neubauprojekte der Bau der Halle Brombach (gebaut), der Anbau der Albert-Schweitzer-Schule, der Neubau des Museumsdepots, der Neubau des Waldorfkindergartens im Grütt und der Neubau der Turnhalle der Fridolinschule genannt, wo die Planungen für PV über externe Betreiber derzeit in Bearbeitung sind.

Grundsätzlich wird bei einer grundlegenden Gebäudesanierung eines städtischen Gebäudes bzw. einer Dachsanierung im gleichen Zuge die Machbarkeit der Installation einer PV-Anlage geprüft.

Auch wenn die Stadt Lörrach über ein Solarkataster verfügt, müssen die Gebäude jeweils einzeln fachlich auf verschiedene Aspekte geprüft werden, bevor eine PV-Anlage installiert werden kann und Zeitpläne aufgestellt werden. Dazu zählen u.a. die Prüfung der Statik, der Zustand des Daches (notwendige Dachsanierung erforderlich), technische Rahmenbedingungen, Denkmalschutz, wie viel Dachfläche steht tatsächlich zur Verfügung usw. notwendig.

Es zeigt sich bereits bisher, dass eine Verwirklichung nicht immer möglich ist. Bei der Schlossbergschule schließt z.B. die nicht ausreichende Statik des Gebäudes eine PV – Anlage aus und an der Fridolinschule (Schulgebäude selbst) der Denkmalschutz.

Weitere Vorgehensweise

Als Grundvoraussetzung für Aussagen zu den in dem Antrag Bündnis 90/ Die Grünen geforderten Ausbaupfad, müssen für die einzelnen Gebäude zunächst Voruntersuchungen/Rahmenbedingungen und ggf. die daraus resultierenden weitergehenden baulichen Maßnahmen (z.B. Dachsanierung) durch den FB Hochbau, begleitet durch den FB Umwelt und Mobilität, ggf. externe Prüfer, Eigenbetriebe usw. erfasst werden. Hier ist die enge Verknüpfung mit den Gebäudesanierungen und den Prioritäten zu berücksichtigen.

Aufgrund der begrenzten Personalsituation, der bereits sehr hohen Auslastung der Mitarbeiter, aber auch bei externen Gutachtern können diese Voruntersuchungen nicht kurzfristig erarbeitet werden.

Die Verwaltung wird im Herbst, voraussichtlich im November 2022, einem Zwischenstand abgeben.

Unabhängig vom vorliegenden Antrag plant die Stadt auch anderweitige Flächen wie Überdachungen von Parkplätzen zu prüfen, ob diese geeignet sind, ohne den vorhandenen Grünbestand zu gefährden.

Britta Staub-Abt
Fachbereichsleiterin